SPD
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

THEMA IM LANDTAG

OKTOBER
2019
#4

FRAKTION BESUCHT VW

Eindrücke unseres Besuches beim Betriebsrat des VW-Konzerns

UNSER KLIMAGESETZ

Im Interview mit unserem energiepolitischen Sprecher Volker Senftleben

ANSCHLAG VON HALLE

Unsere Fraktionsvorsitzende Johanne Modder verurteilt die rechtsterroristischen Anschläge von Halle auf's Schärfste

MOIN AUS HANNOVER!

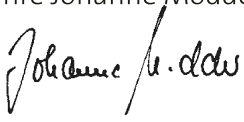
Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die vergangenen Tage und Wochen sind bedauerlicherweise aus sozialdemokratischer Betrachtung von viel Schatten und wenig Licht geprägt. Die Oberbürgermeisterwahl in Hannover und auch das Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen bedrücken mich und geben viel Anlass zur intensiven Nachbetrachtung. Zeitgleich haben die Bürgermeisterwahlen in Vechta und Bad Münder jedoch auch gezeigt, dass die Sozialdemokratie weiterhin Bürgerinnen und Bürger begeistern und an die Wahlurne bewegen kann – von diesen Erfolgsgeschichten müssen wir lernen und sie fortschreiben.

Landes- und bundespolitische Themen rückten jedoch in den Hintergrund, als wir von dem schrecklichen rechtsterroristischen Anschlag in Halle erfuhren. Dass es über 70 Jahre nach der Befreiung vom nationalsozialistischem Terrorregime – immer noch und wieder vermehrt – zu antisemitisch motivierten Straftaten kommt, zeigt uns deutlich, dass alle Demokratinnen und Demokraten für eine wehrhafte Demokratie einstehen und kämpfen müssen. Es ist für mich unerträglich, dass Menschen jüdischen Glaubens in unserer Gesellschaft nicht frei und unbekümmert ihren Glauben leben können, sondern durch Hass und Gewalt bedroht werden. Um dem entgegenzutreten, haben wir in der vergangenen Plenarsitzung mit den vier demokratischen Landtagsfraktionen eine gemeinsame Resolution verabschiedet und verdeutlicht, dass Antisemitismus und alle weiteren Formen von Menschenverachtung in unserer Gesellschaft keinen Platz haben!

Parlamentarisch befinden wir uns derzeit in intensiven Haushaltsberatungen für das Jahr 2020. Den Haushalt wollen wir im Dezember-Plenum verabschieden und sind dazu gerade in Gesprächen mit unserem Koalitionspartner, um unsere politischen Schwerpunkte durchzusetzen. Zudem haben wir im Landtag das niedersächsische Klimagesetz eingebracht. Was genau sich dahinter verbirgt, erfahren Sie auf den nächsten Seiten. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Ihre Johanne Modder



Fraktionsvorsitzende

ANSCHLAG IN HALLE IST ANSCHLAG AUF UNSERE DEMOKRATIE!

Die schrecklichen Ereignisse in Halle an der Saale und Landsberg haben große Betroffenheit in der SPD-Landtagsfraktion ausgelöst. In Gedanken ist die Fraktion bei den Opfern, ihren Familien sowie Angehörigen und den Verletzten des Anschlages. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder erklärt dazu: „Die entsetzlichen Ereignisse des gestrigen Tages aus Halle und Landsberg erschüttern uns zutiefst und treffen direkt das Herz unserer Demokratie. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gelten allen Familien und Hinterbliebenen der Opfer sowie der jüdischen Gemeinde. Der Anschlag auf die jüdische Gemeinde, auf Menschen in einem türkischen Imbiss und auf unbeteiligte Passanten ist ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung."

„Wir müssen die Dinge jedoch beim Namen benennen und nicht verharmlosen. Was in Halle geschah, ist kein Amoklauf, sondern ein rechtsterroristischer Akt. Es ist ein Terroranschlag, der in Teilen dem abscheulichen Rechtsterror aus Christchurch in Neuseeland gleicht. Und es ist ein Terroranschlag, der in seiner Feigheit der Hinrichtung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke gleicht", erklärt Deniz Kurku, Sprecher gegen Rechtsextremismus der SPD-Landtagsfraktion, und fügt an: „Für uns ist klar: Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben! Das dies im Jahr 2019 keine Selbstverständlichkeit ist und wir diesen Satz regelmäßig wiederholen müssen, ist ein unerträglicher Zustand. Antisemiten, Fremdenfeinde und andere Menschenfeinde dürfen unser friedliches Miteinander nie wieder gefährden."

Für die SPD-Landtagsfraktion ist es ein unerträglicher Zustand, wenn am Tag der Deutschen Einheit Rechtsextreme durch die Straßen der Republik marschieren und offen Morddrohungen gegenüber Pressevertretern aussprechen, zu Gewalt und Todschlag aufrufen, Sicherheitsbeamte diffamieren und das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Es sind Stiche in das Herz der Demokratie. Taten werden erst denkbar, dann sagbar und dann machbar.

„Dass an Jom Kippur, dem Versöhnungsfest und höchsten jüdischen Feiertag, eine solche Gräueltat, die an Brutalität, Abscheulichkeit und Feigheit nicht zu überbieten ist, verübt wird, ist kaum in Worte zu fassen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Angst leben. In Niedersachsen leben mehr als 8.000 jüdische Gemeindemitglieder, die wir stärker als je zuvor schützen müssen. Zudem müssen wir entschieden gegen jede Form von Antisemitismus und Rechtsextremismus vorgehen und jeden Ansatz schon im Keim ersticken. Gemeinsam – über Parteibücher hinweg – müssen wir für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung einstehen!", erklären Johanne Modder und Deniz Kurku gemeinsam.

9. NOVEMBER IST SCHICKSALSTAG DER DEUTSCHEN GESCHICHTE!

In der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts nimmt kein Datum eine so prägende und wechselhafte Rolle ein wie der 9. November. Dazu erklärt die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder: „An kaum einem Tag in der deutschen Geschichte liegen Freude und Leid so nah beieinander. Während im Jahr 1918 der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die erste deutsche Republik ausrief, liefen nur 20 Jahre später Nationalsozialisten mit Fackeln durch die Straßen, steckten Synagogen in Brand und bereiteten den furchtbaren Weg für den industriellen Massenmord in den Konzentrationslagern."

„Diese Ereignisse, die historisch gesehen nur einen Wimpernschlag auseinanderliegen, zeigen auf erschreckende Weise, dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeit sind und in unserem Alltag immer wieder vor Demagogen verteidigt werden müssen", so Modder weiter, und fügt an: „Eine Verrohung der Sprache, die ich heute im gesellschaftlichen Klima wahrnehme, die dazu führt, dass Taten erst sagbar und dann machbar werden, hatten wir schon einmal. Wir dürfen diesen Hass und die Hetze nicht tolerieren und weiter salonfähig werden lassen. Antisemitismus, Rassismus und Fremdenhass haben keinen Platz in unserer Gesellschaft!"

Trotz all dessen steht der 9. November auch für Hoffnung, Friede und Zusammenkunft. Vor 30 Jahren fiel die Berliner Mauer durch einen gewaltlosen Umbruch und der Weg zur deutschen Wiedervereinigung im Folgejahr wurde geebnet. „Die friedliche Revolution im Jahr 1989 leitete das Ende der zweiten Diktatur auf deutschem Grund ein", so Modder, und die SPD-Politikerin erklärt weiter: „Der Prozess des Mauerfalls zeigt eindrucksvoll den Kampf der Bürgerinnen und Bürger für Freiheit und Demokratie gegen das SED-Regime. Es ist unsere Aufgabe, diese wichtigen Werte zu bewahren und uns weiterhin für Frieden, Abrüstung und Solidarität, beispielsweise im europäischen Kontext, einzusetzen."

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Maßnahmen auf Bundesebene, um die Unterstützung für die Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR zu verbessern. Es ist wichtig, Opferrenten und Ausgleichsleistungen zu erhöhen, mehr betroffenen Menschen einen Anspruch auf diese Leistungen zu gewähren und Opfer von staatlichen Zersetzungsmaßnahmen zu entschädigen.

Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion

23 MILLIONEN EURO FÜR AUSBAU DER NIEDERSÄCHSISCHEN AKADEMIE FÜR BRANDSCHUTZ UND KATASTROPHENSCHUTZ

» iStockphoto: Marcus Millo

Die Niedersächsische Akademie für Brandschutz und Katastrophenschutz soll am Standort Celle-Scheuen durch einen Neubau der Lehrleitstelle, Programmergänzungen für den niedersächsischen Katastrophenschutz, den Neubau der Heizzentrale sowie die Erneuerung beziehungsweise die Sanierung der Infrastruktur profitieren. Mit der heutigen Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen wurde diesem Vorhaben grünes Licht signalisiert.

„Ich bin hoch erfreut, dass die Kosten in Höhe circa 23 Millionen Euro zum weiteren Ausbau der Niedersächsischen Akademie für Brandschutz und Katastrophenschutz heute im Haushaltsausschuss freigegeben worden sind. Dies ist ein weiterer Schritt für eine an den Anforderungen der Feuerwehren ausgerichtete Ausbildungsstätte“, begrüßt die haushaltspolitische Sprecherin Frauke Heiligenstadt die heutige Entscheidung im Haushaltsausschuss.

Der heutige Beschluss zeige, dass die SPD-geführte Landesregierung Wort halte und sich mit Nachdruck für die Feuerwehren und deren Ausbildung in unserem Land einsetze, schildert der feuerwehrpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rüdiger Kauroff, und fügt an: „Mit den bereitgestellten Mitteln kann nun der notwendige Ausbau der NABK Celle am Standort Scheuen in Angriff genommen und auch umgesetzt werden. Diese Entscheidung sendet ein deutliches Signal an alle Feuerwehren in Niedersachsen. Nach der Fertigstellung des Standortes Celle-Scheuen wird sich die Versorgung der Mitglieder der Feuerwehren mit notwendigen Lehrgängen erheblich verbessern. Damit stärken und rüsten wir die Feuerwehren für ihre zukünftige Arbeit!“

Rüdiger Kauroff
Feuerwehrpolitischer Sprecher

Frauke Heiligenstadt
Haushaltspolitische Sprecherin

» Foto: Ole Spata

PRESSEMITTEILUNGEN DER LETZTEN WOCHEN

Philipp Raulfs: Kostenfallen bei Mobilfunkverträgen ein Ende setzen

Für Verbraucherinnen und Verbraucher stellt die Laufzeit von Mobilfunkverträgen ein häufig wiederkehrendes Ärgernis dar. Während nur wenige Anbieter eine verkürzte Laufzeit von sechs oder 12 Monaten anbieten, beträgt die übliche Laufzeit 24 Monate.

„Wenn dann noch der Stichtag der fristgerechten Kündigung verpasst wird, bindet der Provider schnell einen Kunden auf insgesamt 36 Monate an sich. Die Nutzerinnen und Nutzer sind sich häufig nicht der finanziellen Kostenfalle bei Übersehen des Kündigungsdatums und einer automatisierten Vertragsverlängerung bewusst“, erklärt Philipp Raulfs, Mitglied des Unterausschusses für Verbraucherschutz, und fügt an: „Wir fänden es angebracht, automatische Vertragsverlängerungen auf die Dauer von höchstens drei Monaten zu beschränken, sofern die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht spätestens einen Monat vor Ablauf des Vertrages diesen gekündigt haben. Dies wäre aus Sicht des Verbraucherschutzes eine signifikante Verbesserung.“

Zudem stellt die SPD-Landtagsfraktion fest, dass Internet-Anbieter häufig nicht die vereinbarte Leistung erbringen. So zeigt der aktuelle Monitoringbericht der Bundesnetzagentur, dass nur 12 Prozent der Festnetzanschlüsse und nur 1,6 Prozent der Mobilfunkanschlüsse die vertraglich zugesicherte Maximalgeschwindigkeit erreichen.

„Dies ist ein Zustand, der so nicht hinnehmbar ist. Wir als SPD-Landtagsfraktion vertreten die klare Auffassung, dass Mobilfunkverträge transparenter und kundenfreundlicher zu gestalten sind. Wenn Mobilfunkanbieter bei der Vertragslaufzeit aus versteckten Kosten Kapital schlagen, ist dies klar verbraucherfeindlich!“, so Raulfs weiter.

Unsere haushaltspolitische Sprecherin Frauke Heiligenstadt zur Schuldenbremse in Niedersachsen:

„Mit der Verankerung der Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung unterstreicht die SPD-geführte Landesregierung ihr Bekenntnis zu einer soliden und zugleich ambitionierten Haushaltspolitik. Bereits seit 2016 nimmt Niedersachsen keine neuen Schulden mehr auf und gleichzeitig maßgebliche Investitionen in allen relevanten Bereichen der staatlichen Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheit oder der digitalen Infrastruktur vor. Darüber hinaus streben wir allein in dieser Legislaturperiode den Abbau von einer Milliarde Euro an Altschulden an.

Durch die nun beschlossene Ausgestaltung der Schuldenbremse in Niedersachsen erhalten wir durch klar und sinnvoll begrenzte Ausnahmeregelungen die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates in Not- und Krisensituationen. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es gerade mit Blick auf folgenden Generationen von elementarer Bedeutung, auch weiterhin auf hohem Niveau in die Infrastruktur und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu investieren.“

IM INTERVIEW MIT

VOLKER SENFTLEBEN ZUM KLIMASCHUTZGESETZ

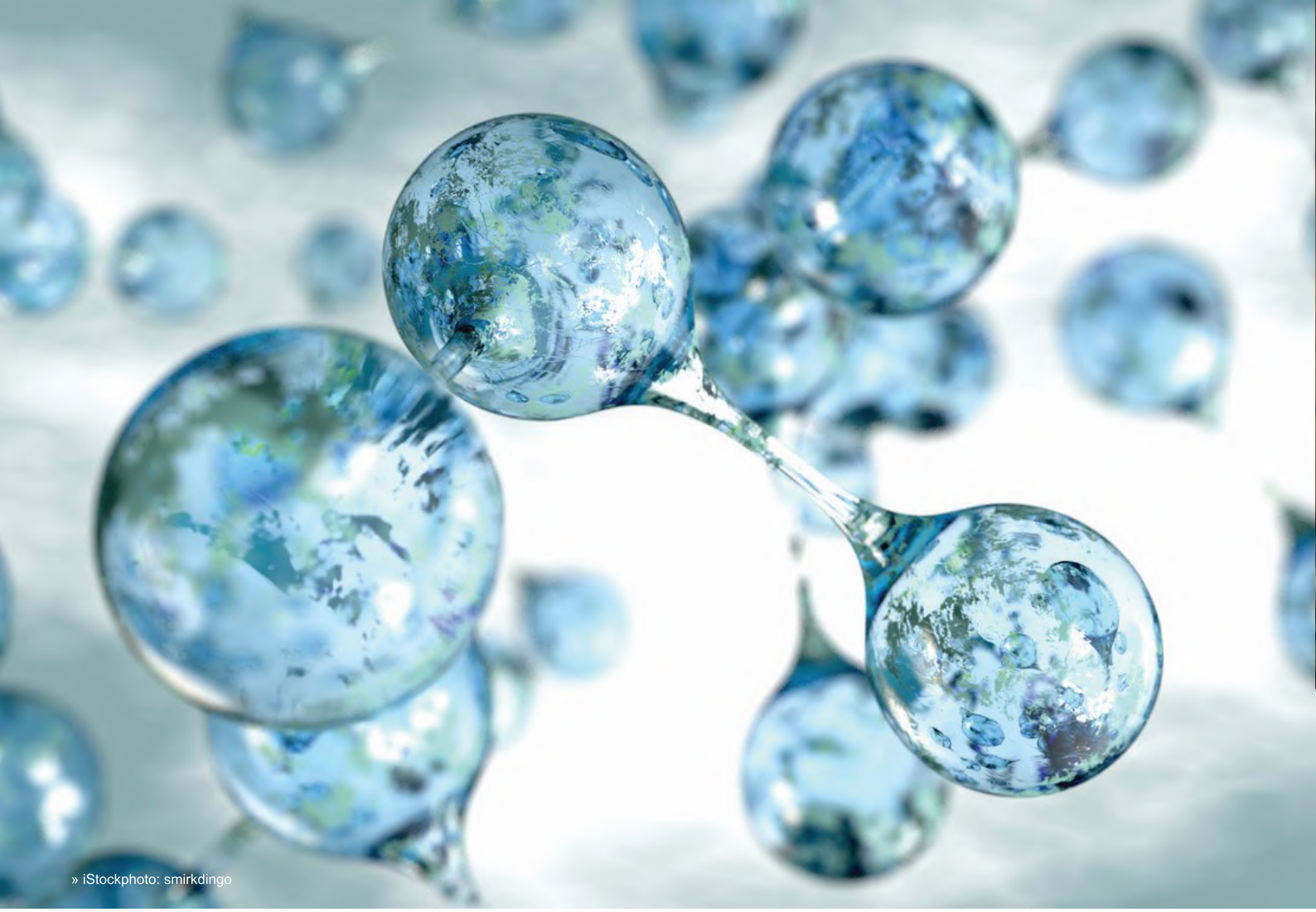
»NIEDERSACHSEN IST WINDENERGIELAND NR. 1 UND MUSS DAHER AUCH EINE BUNDESWEITE VORREITERROLLE IN SACHEN KLIMASCHUTZ EINNEHMEN!«

TiL: Was sind die wichtigsten Eckpunkte des niedersächsischen Klimagesetzes?

Volker Senftleben: Mit dem Klimagesetz leisten wir unseren Beitrag zur Erreichung der internationalen, europäischen und nationalen Klimaschutzziele. Wir schaffen einen verbindlichen, gesetzlich festgelegten Rahmen, in dem wir den Umgang mit Klimaveränderungen strukturieren und in den Lebensalltag der Gesellschaft rücken können. So wird das Gesetz die Grundlage eines Maßnahmenprogramms und einer Klimaanpassungsstrategie sein, deren Ziel die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 bis 95 Prozent im Vergleich zu 1990 ist. Darüber hinaus konkretisieren wir die Ziele, aber auch die Instrumente des Klimaschutzes.

TiL: Warum nimmt Niedersachsen den Klimaschutz in die Verfassung auf?

Volker Senftleben: Niedersachsen wird von Klimaveränderungen in besonderem Umfang betroffen sein und muss sich daher besonders um wirksame Anpassungsstrategien bemühen. Gleichzeitig ist der aktive Klimaschutz für Niedersachsen als Windenergieland Nr. 1 eine Chance, innovative Techniken weiterzuentwickeln und somit bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Die Aufgabe „Klimaschutz“ wird uns und alle folgenden Generationen und Lebensbereiche beschäftigen.



» iStockphoto: smirkdingo

»DIE WASSERSTOFFTECHNOLOGIE WIRD BEIM KLIMASCHUTZ EINE ELEMENTARE ROLLE SPIELEN.«

Diese Herausforderung ist eine andauernde Aufgabe und muss daher auch entsprechend in unserer Landesverfassung verankert sein, da so das staatliche Handeln optimal auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz ausgerichtet werden kann.

TiL: Wie geht es mit dem Klimaschutz in Niedersachsen nun konkret weiter?

Volker Senftleben: Zunächst erfolgt die Beratung in den Fachausschüssen mit einer zeitnahen Verbandsbeteiligung. Ziel ist es, möglichst schnell die abschließende Beratung und Beschlussfassung im Landesparlament vorzunehmen. Wenn dann die gesetzliche Grundlage geschaffen ist, wird das im Gesetz verankerte Klimakompetenzzentrum im Umweltministerium eingerichtet, welches einen konkreten Maßnahmenplan erarbeiten wird. Maßnahmen werden dabei unter anderem der Ausbau von erneuerbaren Energien oder die Modernisierung der Stromnetz- und Energieinfrastruktur sein. Auch werden Maßnahmen, um die natürlichen Kohlenstoffspeicher wie etwa Wälder und Moore zu vermehren, eine wichtige Rolle einnehmen. Zusätzlich werden wir eine Vorreiterrolle bei der nachhaltigen Umgestaltung von Gebäuden und Fuhrparks einnehmen.

Wiebke Osigus
Stellv. rechtspolitische Sprecherin

» iStockphoto: rclassenlayouts

EXPERTEN STÜTZEN SPD-POSITION – VERJÄHRUNGSFRISTEN BEI KINDESMISSBRAUCH MÜSSEN ABGESCHAFFT WERDEN

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich für die Abschaffung der Verjährung bei Missbrauch an Minderjährigen ein und hat zu einem Austausch mit externen Expertinnen und Experten eingeladen. Ziel der Rechts-, Sozial- und Innenpolitiker der SPD-Fraktion ist es, eine Entschließung zu dem Thema „Abschaffung der Verjährung bei Missbrauch an Minderjährigen“ zu einer Bundesratsinitiative auf den zu Weg bringen.

„Trotz Kenntnis von Tat und Täter scheitert die Strafverfolgung leider oft aufgrund der Verjährung“, schildert die stellvertretende rechtspolitische Sprecherin Wiebke Osigus und betont: „Jedes Opfer von sexueller Gewalt und Missbrauch ist eines zu viel.“

Im Rahmen des Austausches haben sich sowohl juristische und kriminologische Experten als auch Opferverbände, Hilfsorganisationen und Betroffene, die selbst unter den Folgen von Kindesmissbrauch zu leiden haben, geäußert. „In großer Zahl stammen die Täter aus dem sozialen Umfeld ihrer Opfer und kennen diese über einen längeren Zeitraum. Bislang haben viele Opfer den Schritt der Anzeige und der juristischen Verfolgung nicht oder häufig sehr spät gewagt.

Wir wollen – und da sind wir uns mit den Expertinnen und Experten einig – Kinder bestmöglich schützen. Die schrecklichen Taten dürfen für die Täter nicht ohne Konsequenz bleiben. Hinzu kommen auch ein generationsübergreifender Schutz und die abschreckende Wirkung auf potentielle Täter. Wir stehen an der Seite der Opfer.“

Die SPD-Rechtsexpertin Wiebke Osigus zieht ein positives Fazit aus dem Fachgespräch: „Das Feedback auf unsere Initiative seitens der geladenen Expertinnen und Experten war äußerst positiv, und wir haben für unser Vorhaben viel Zuspruch bekommen. Dies bestärkt uns in unserer Absicht, eine Bundesratsinitiative zur Strafrechtsänderung auf den Weg zu bringen. Wir wollen, dass die Täter ihr Leben lang zur Rechenschaft gezogen werden und auch nach Jahrzehnten aufgedeckte Delikte verfolgt und bestraft werden können. Unser Ziel ist die Abschaffung der Verjährung bei Sexualdelikten gegen Kinder und Jugendliche. Wir danken allen Expertinnen und Expertin für ihre heutige Teilnahme und ihre zur Verfügung gestellte Expertise und werden nun erneut das Gespräch mit unserem Koalitionspartner suchen.“

SPD-FRAKTION BESUCHT VW-BETRIEBSRAT

„SICHERUNG VON ARBEITSPLÄTZEN UND KLIMASCHUTZ SIND KEIN WIDERSPRUCH!“

Niedersachsen ist VW und VW ist Niedersachsen – das zeigte auch der Besuch der SPD-Landtagsfraktion Ende September in Wolfsburg. Beim gemeinsamen Treffen mit den niedersächsischen Landespolitikerinnen und -politikern und dem Betriebsrat des VW-Konzerns wurde mit Nachdruck wiederholt deutlich, dass der Automobilkonzern wichtiger Wirtschafts- und Jobmotor für unser Bundesland ist. Die zahlreichen Beschäftigten von Volkswagen leisten an den verschiedensten Standorten hervorragende Arbeit. Diese Arbeitsverhältnisse müssen mit Blick auf die Bewältigung des Klimawandels in Einklang gebracht werden.

„Wir müssen Arbeit und Klimaschutz zusammenführen, das sind zwei Seiten der gleichen Medaille“, erklärt die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder und fügt an: „Wir dürfen unsere Sicht nicht einseitig einschränken.

„NIEDERSACHSEN IST MOBILITÄTSLAND“

Der Klimaschutz ist ein dominierendes Thema für viele Bürgerinnen und Bürger, dennoch ist der Schutz von Arbeitsplätzen auch ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Ziel, das wir in der Debatte nicht aus den Augen verlieren dürfen.“

Der VW-Konzern blickt auf mehr als 80 Jahre Geschichte zurück und ist eng mit dem wirtschaftlichen Erfolg im Land Niedersachsen verbunden. „Die Transformation der Arbeitswelt, die Digitalisierung sowie Themen wie das vernetzte und das autonome Fahren treiben nicht nur die Automobilindustrie, sondern auch uns Politikerinnen und Politiker um. Für das Autoland Niedersachsen bedeuten die Entwicklungen der nächsten Jahre viele Chancen. Auch unsere niedersächsischen VW-Standorte und ihre zahlreichen Beschäftigten profitieren von einer zukunftsorientierten Neuaufstellung des Konzerns“, erklärt die SPD-Politikerin. Mit dem Blick auf das Emdener Werk, das bis 2025 auf die Fertigung von Elektroautos umgestellt werden soll, kann Niedersachsen beispielhaft Vorreiter in nachhaltiger Automobilproduktion werden.

»MAN MUSS BEGEISTERT SEIN, UM GROßE TATEN ZU VOLLBRINGEN«

- KURT SCHUMACHER (1895-1952)

SPD
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

HERAUSGEBER

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: René Kopka, Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion, Design und Satz: Jan Hartge

Mitarbeit: Eva Güntzel, Emma Lea Mittelstädt

www.spd-fraktion-niedersachsen.de

spd.fraktion.niedersachsen

spd.fraktion.niedersachsen

SPDLTNDS@lt.niedersachsen.de